

Genoziderinnerung als Frage der Anerkennung

Kaya de Wolff

Abstract:

In ihrer 2013 veröffentlichten Dissertation untersucht Yvonne Robel geschichtspolitische Auseinandersetzungen um die Genozide an Herero und Nama, Armeniern sowie Sinti und Roma, die seit den 1990er Jahren im bundesdeutschen Parlament und Printmedien zur "Verhandlungssache" geworden sind. Der diskursanalytische Ansatz der Arbeit prägt dabei grundlegend das Verständnis von Geschichtspolitik und lenkt den Fokus der Analyse über konkrete politische Handlungen und Beschlüsse hinaus auf die diskursiven Aushandlungsprozesse von Sagbarkeiten.

Entsprechend ist es ein erklärtes Anliegen der Studie aufzuzeigen, in welche Richtung die geschichtspolitischen Verhandlungen seit den 1990er Jahren weisen. Die empirischen Befunde machen deutlich, inwiefern die Entwicklung der Erinnerung an die drei "neu entdeckten" Genozide vor allem eine Frage der Benennung und Anerkennung ist; hieran werden gegenwärtig folgenreiche Grenzen zu konstatieren sein.

How to cite:

De Wolff, Kaya: „Genoziderinnerung als Frage der Anerkennung [Review on: Robel, Yvonne: Verhandlungssache Genozid. Zur Dynamik geschichtspolitischer Deutungskämpfe. Paderborn: Wilhelm Fink Verlag, 2013.]“. In: KULT_online 41 (2015).

DOI: <https://doi.org/10.22029/ko.2015.882>

© beim Autor und bei KULT_online

Genoziderinnerung als Frage der Anerkennung

Kaya de Wolff

Robel, Yvonne: Verhandlungssache Genozid. Zur Dynamik geschichtspolitischer Deutungskämpfe. Paderborn: Wilhelm Fink Verlag, 2013. 445 Seiten, broschiert, 59.00 Euro. ISBN: 978-3-7705-5567-3

In dem bemerkenswerten Buch, welches auf ihrer 2012 an der Universität Bremen verteidigten Dissertation beruht, untersucht die Kulturwissenschaftlerin Yvonne Robel die Verhandlungen um drei "neu entdeckte Genozide" (S. 24) anhand von parlamentarischen Drucksachen, Gedenkreden und bundesdeutschen Printmedien im Zeitraum 1989/90 bis 2010/11. Hierbei handelt es sich um geschichtspolitische Auseinandersetzungen mit dem Genozid an Herero und Nama (1904–1908); dem Genozid an Armeniern (1914–1917); sowie dem nationalsozialistischen Genozid an Sinti und Roma (1933–1945) (S. 12). Die drei Fallbeispiele stellen zum einen "Ereignisse extremer und asymmetrischer Gewalterruptionen dar, an denen das Deutsche Reich auf verschiedene Weise beteiligt gewesen ist. Zum anderen waren sie jeweils für lange Zeit aus dem deutschen Erinnerungsbestand ausgeschlossen." (S. 13) Die Debatten seien zudem gleichsam charakterisiert durch eine verstärkte geschichtspolitische Auseinandersetzung im vereinten Deutschland (vgl. S. 12) und stehen exemplarisch für eine Welle der Wieder- bzw. 'Neuentdeckung' historischer Opfer, die sich im nationalen Kontext wie auf internationaler Ebene beobachten lässt.

Das Interesse der kulturwissenschaftlichen Arbeit richtet sich dezidiert auf die politisch-öffentlichen Verhandlungen um Erinnerung und Anerkennung dieser historischen Ereignisse in der bundesdeutschen Gegenwart. Ausgehend von der Einsicht Zygmunt Baumanns in die Selektivität und Interessiertheit "geschichtspolitischer Deutungskämpfe" nimmt Robel hier deutlich eine konstruktivistische und macht- bzw. hegemonietheoretische Haltung ein. Sie konstatiert, dass "die Vergangenheit sowie der Genozidbegriff [...] dabei Gegenstände permanenter diskursiver Aushandlung dar[stellen]" (S. 12). Aus dieser Perspektive sind weder Genozide noch Genozidopfer feststehende Kategorien, sondern werden "über das Erinnern ausgehandelt und inhaltlich gefüllt" (S. 39). Entsprechend ist es ein erklärtes Anliegen der empirischen Untersuchung, die "Ordnung des Diskurses" zu rekonstruieren und so aufzeigen zu können, "in welche Richtung sich das seit den 1990er Jahren verstärkt in der deutschen Öffentlichkeit präsente Erinnern an diese gleichsam 'neu entdeckten' Genozide bewegt." (S. 24)

Hierfür entwickelt Yvonne Robel im ersten Teil des Buches ein komplexes Forschungsdesign, in dessen Rahmung politisch-öffentliches Genozidgedenken zunächst in diskurstheoretischer Perspektive als Durchsetzung von Wissen bzw. als "Verhandlungssache" diskursiver Eliten konzipiert wird. Im zweiten Schritt erfolgt eine fundierte Problematisierung des Genozidbegriffs

im historischen und juristischen Kontext hinsichtlich der Grenzen seiner Anwendbarkeit. Hierauf aufbauend diskutiert Robel schließlich im Rückgriff auf die Arbeiten von Judith Butler und Aleida Assmann die theoretische Frage der Anerkennung von Genoziden und Genozidopfern. An diese zu erinnern setze zunächst voraus, dass überhaupt über diese Fälle gesprochen werde und sie somit als relevant für die Gegenwart erachtet werden. Entsprechend geht Robel davon aus, dass mit dem performativem Akt des "Sprechens bzw. des Sagbarmachens" gleichsam ein Prozess der Anerkennung einhergeht. "Im Bekenntnis zur Gedenkrelevanz bis hin zur Erinnerungspflicht bestätigt sich der performative Charakter von Gedenkakten: 'Wir gedenken' heißt im übertragenden Sinne, 'wir erkennen hiermit Gedenkrelevanz an'." (S.74)

Im empirischen Teil des Buches werden die Befunde der Diskursanalyse entlang der drei ausgewählten Fallbeispiele hinsichtlich der Aspekte von "Konkurrenz", "Anerkennung" und "Versöhnung" diskutiert. In der umfassenden Aufarbeitung der Verhandlungen zeigt Robel auf, dass Fragen der Benennung und Anerkennung in den drei Fällen eng verknüpft sind und hierbei sowohl juristische als auch ethisch-normative Dimensionen berühren. Der Shoah-Bezug ist dabei durchgängig eine zentrale Referenzgröße. In vergleichender und Einzelfall übergreifender Perspektive demonstriert Robel, dass die nationalsozialistischen Genozide von "geschichtspolitischen 'Konkurrenzen'" geprägt sind; Sinti und Roma können letztlich nur begrenzt als "anerkannte Opfer" gelten. Demgegenüber zeigt die Untersuchung auch, dass bei den geschichtspolitischen Diskursen über die Genozide an Herero und Nama sowie an Armeniern "grundsätzliche Fragen der Benennung der Massenverbrechen als Völkermorde zur Verhandlung" stehen. Hierbei erweisen sich "insbesondere Annahmen über juristische Folgen einer solchen Benennung" als entscheidend (S. 213/214).

In den ausführlichen Schlussbetrachtungen werden die "diskursiven Dispositionen von Genoziderinnerung" und die "Grenzen von Anerkennbarkeit" (S. 387) in Bezug zur "Akteursfrage" (S. 391) sowie der Frage nationaler "Selbstverständigung" (S. 400) gesetzt. Hierin liegt auch die gesellschaftspolitische Relevanz der Untersuchung: "Gegen diese Genozide kann man nicht im Nachhinein intervenieren. Und dennoch werden im Sprechen über die Vergangenheit grundsätzliche Fragen aktuellen politischen Handelns verhandelt." (S. 28)

Die kulturwissenschaftliche Arbeit fügt sich ein in ein wachsendes Forschungsfeld zu Genoziden in verschiedenen (nationalen) Kontexten, die bisher durch 'Vergessen' und De-Thematisierung charakterisiert waren. Aktuell erregen derartige Fälle unter den Schlagworten "Indigenocide" oder "Colonial genocide" internationale Aufmerksamkeit. Die Untersuchung verortet sich primär im Bereich der vergleichenden Genozidforschung, knüpft jedoch an Erinnerungskulturforschung, Diskursforschung sowie Diskussionen um Transkulturalisierung und Anerkennung.

Yvonne Robel legt mit der Publikation eine mutige und anspruchsvolle Arbeit vor, sowohl auf der Ebene der Theorie wie auch Empirie. Sie entwickelt die theoretischen Annahmen stets bezogen auf den Gegenstand und nutzt sie in der Analyse gewinnbringend. Die Argumentation wird durchweg überzeugend und nachvollziehbar entfaltet. Die kenntnisreiche Untersuchung überzeugt vor allem durch die scharfe Beobachtung und den Mut, starke Thesen zu formulieren. Der vergleichende Ansatz ist als besonders produktiv hervorzuheben. Die Studie eröffnet

deutlich neue Perspektiven, auch über den Entwurf eines Anerkennungskonzepts für die Analyse von Diskursen der Genoziderinnerung, die als machtvolle Aushandlungs- bzw. Anerkennungsprozess sichtbar werden. Letztlich verdeutlicht die differenzierte Auseinandersetzung von Yvonne Robel so auf eindrucksvolle Weise die Aktualität und Relevanz der kritischen Begleitung gegenwärtigen politisch-öffentlichen Genozidgedenkens.